

Der Weg in das Desaster am Offenbachplatz – Fakten zur Bühnensanierung, die wir nicht vergessen sollten

AKTUALISIERTE VERSION (21.09.2022)

Im **März 2004** erteilt der Rat nach intensiven Debatten in der Bevölkerung und den Gremien der Stadtverwaltung den ergebnisoffenen Auftrag, **Varianten für die Generalsanierung oder einen Neubau der Bühnen** zu prüfen. Zuvor stand ernsthaft der unter OB Fritz Schramma (CDU) verfolgte Vorschlag im Raum, das gesamte Ensemble abzureißen und dieses Filetstück der Innenstadt für die **kommerzielle Entwicklung** (z. B. Shoppingcenter) zu verwerten.

Februar 2006: Der Stadtrat beschließt **mit den Stimmen der oppositionellen SPD die Sanierung der Kölner Oper**. Das Schauspielhaus soll abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden, der alle Anforderungen an einen modernen Spielbetrieb erfüllt und zusätzlich Aufgaben für den Spielbetrieb der Oper übernimmt. Der Gewinn für den verbesserten Betrieb beider Häuser soll den Verlust des von Wilhelm Riphahn errichteten denkmalgeschützten Ensembles wettmachen. Unbeantwortet bleibt die Frage, warum die **Stadtverwaltung** die Kölner Bühnen zuvor durch jahrzehntelang unterlassene Instandhaltungs- und Teilsanierungsmaßnahmen **bis zur Abrissreife hat herunterkommen lassen**.

Juni 2009: Neue Kostenschätzungen ergeben auf der Grundlage des Siegerentwurfs aus dem Wettbewerb für den Neubau Kosten von 355 statt wie geplant 230 Millionen Euro. **OB Schramma verhängt daraufhin einen Planungsstopp**.

Dezember 2009: gegen die **Warnungen von weit über 1.000 Unterzeichnern** aus der Kölner Stadtgesellschaft und Kulturszene beschließt der Rat weit nach Mitternacht eine „**abgespeckte**“ **Version des Neubaus**, der die ursprünglich mit dem Projekt verbundenen funktionale **Anforderungen nicht mehr erfüllen kann**. Gestrichen wurden beispielsweise die Werkstätten, der Orchesterproberaum, die Gastronomie und die Probebühne Schauspiel. Hinzu kommt, dass der „abgespeckte“ Entwurf ein wesentlich klobigeres Gebäude vorsieht, das so weit „in die Breite geht“, dass es **städtebaulich zum Alptraum** wird. Am Tag darauf formiert sich aus dem Protest ein **Bürgerbegehren**. Zur Jahreswende 2009/2010 **stoppten Denkmalpflege und Regierungspräsident den Abrissbeschluss** ohnehin **als nicht zulässig**. Die Genehmigung für den Abriss des denkmalgeschützten Schauspielhauses war nämlich nur unter dem Vorbehalt erteilt worden, dass durch den Neubau bedeutende Synergieeffekte erzielt werden, die den operativen Spielbetrieb verbessern. Diese Voraussetzung sahen die obere Denkmalschutzbehörde und der Regierungspräsident in den überarbeiteten Plänen für den Neubau nicht mehr erfüllt. Außerdem hatte die Verwaltung versäumt, bei den Erben Wilhelm Riphahns (den Inhabern des geistigen Eigentums an dem Gebäude) die Zustimmung zum Abriss zu beantragen, die diese im Übrigen verweigert hätten.

April 2010: Nach ausführlicher Diskussion in der Stadtgesellschaft sowie den Ratsfraktionen der Parteien **hebt der Kölner Rat die Entscheidung vom Dezember 2009 wieder auf**.

Beschlossen wird nun, **über die 2006 entschiedene Sanierung der Oper hinaus auch das Schauspielhaus zu sanieren** und damit das gesamte **Ensemble zu erhalten**. Mit diesem Ziel hatte die Bürgerinitiative „Mut zu Kultur“ vorher weit über 53.000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt. Dagegen stimmen geschlossen die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und OB Roters. Die Initiatoren des Bürgerbegehrens betonen, dass zwar die Befürworter der Abriss/Neubauvariante in der Abstimmung unterlegen waren, es aber in der Sache keine Verlierer, sondern nur Gewinner gebe. Selbst **Martin Börschel (SPD)** hatte in der Debatte vor der Abstimmung erklärt: „Seit der Ratssitzung im Dezember 2009 hat es unter Fachleuten in Verwaltung und Politik, aber vor allem in der Bürgerschaft eine hoch

engagiert, überwiegend sachlich und leidenschaftlich geführte Debatte gegeben. Diese letzten Wochen waren nicht nur interessant und haben große Teile der Bevölkerung motiviert, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen; sie haben uns alle auch inhaltlich weitergebracht. Dafür möchte ich im Namen der SPD-Fraktion allen, die an diesem Prozess, in welcher Art auch immer, aktiv beteiligt waren, ganz herzlich danken. **Das war ein Mehrwert, das war ein Gewinn.**“ Die gesamte Debatte können Sie im Wortlaut [hier](#) nachlesen (es lohnt sich!).

Die Baukosten werden auf 253 Millionen Euro begrenzt. Eine vom Rat in Auftrag gegebene [Machbarkeitsstudie](#) hatte zuvor die Sichtweise des Bürgerbegehrens bestätigt (alle Dokumente dazu finden Sie [hier](#)).

Juni 2010: OB Jürgen Roters (SPD) und die Initiative „Mut zu Kultur“ laden gemeinsam zum ersten **„Runden Tisch“ von Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft** zum Sanierungsvorhaben ein. Ziele sind gegenseitiger Informationsaustausch und Konsensbildung.

August 2010: Erste (noch sehr moderate) Kostensteigerungen des Sanierungsprogramms über den gesteckten Rahmen hinaus werden bekannt. OB Jürgen Roters (SPD) stimmt umgehend den Ton an, der bis heute den Umgang seiner Partei mit dem Thema bestimmt. OB Roters fühlt sich scheinbar doch als „Verlierer“, und zwar als ein schlechter: er wirft den engagierten Bürgern Täuschung und Trickseriei vor. **„Die Bürgerinitiative Mut zu Kultur hat uns in ein Desaster geführt“**, so Roters. Diese sei „leichtfertig mit Zahlen umgegangen“ und habe der Kölner Bevölkerung „Sand in die Augen gestreut“. **Er verschweigt drei wichtige Fakten:** der auf die (auch ohne das Bürgerbegehren unstrittige) Sanierung der Oper entfallende (und inzwischen astronomisch gewachsene) Mehrkostenanteil wäre auf die von vornherein höheren Kosten des Schauspielhaus-Neubaus aufgeschlagen worden; die Vorlage belastbarer Zahlen ist **Aufgabe der Verwaltung** und nicht einer Bürgerinitiative; die für den „abgespeckten Neubau“ angesetzten Kosten waren **politisches Wunschdenken** und kein Ergebnis seriöser Berechnung. Ganz zu schweigen von der Erfahrung, dass seit fast 20 Jahren noch jedes Neubauprojekt in Köln von sehr erheblichen Kostensteigerungen begleitet war.

Leider sah OB Roters seinerzeit in seinen neuen Erkenntnissen keinen Anlass, das Sanierungsprojekt auf tragfähige Grundlagen zu stellen.

Stattdessen beauftragt der Rat **im Oktober 2010** die Bühnen selbst mit der Planung der Sanierung inklusive unterirdischer Neubauanteile unter dem „kleinen Offenbachplatz“. Mit anderen Worten: die Verantwortung für Planung und Bau dieses hochkomplexen Vorhabens sollten ein Theaterregisseur (Schauspielhausintendant Stefan Bachmann), eine promovierte Medizinerin und Dramaturgin (Opernintendantin Dr. Birgit Meyer) und ein gelernter Jurist mit Violinenstudium tragen (der geschäftsführende Direktor der Bühnen Köln Patrick Wasserbauer). Sowohl die Leitung der Kölner Bühnen als Bauherrin als auch die Politik erzeugten hohen Druck, die Sanierung möglichst binnen drei Jahren abzuschließen, was – wie sich später herausstellen sollte – zu Lasten einer seriösen Bestandsaufnahme und Planung vor Baubeginn ging.

2010-2015: Die **Bühnen als Bauherren** (unter oberster Verantwortung des Kulturdezernats) delegieren die **Projektleitung** an die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, die schon mit ihren Kernaufgaben überfordert ist, wie vor allem die Kölner Schulen leidvoll erfahren mussten. Für die Gebäudewirtschaft ist dies eine Bauaufgabe unter vielen, und sie befasst ganze 6 Personen damit. **Damit ist der Weg in die Katastrophe vorgezeichnet.** Hinzu kommt, dass an entscheidender Stelle die Haustechnikfirma Imtech beauftragt wird, in deren Management laut Handelsblatt schon 2011 **„bandenartige Strukturen“** entdeckt wurden. Dass entsprechenden Hinweise (ebenfalls laut Handelsblatt) intern unter den Tisch gekehrt wurden, passt zu den Medienberichten, in denen Imtech ein **[kriminelles Geschäftsmodell](#)** unterstellt

wurde, inklusive systematischer **Sabotage von Baustellen** , um hohe Nachforderungen stellen zu können.

Anfang 2015 wird der **Projektsteuerer gefeuert**, ohne dass die Öffentlichkeit die Gründe dafür erfährt. Inzwischen geht ein [Rechtsstreit um hohe Schadenersatzforderungen](#) zwischen der Stadt Köln und der damals für Planung und Durchführung verantwortlichen Firma Deerns durch die Instanzen. Laut einem Gutachten sei häufig zu wenig Personal – darunter auch Bauleiter – als erforderlich eingesetzt worden, es habe mangelnde Kommunikation zwischen allen Projektbeteiligten und hohen Termindruck gegeben. Die Firma Deerns wiederum sieht die Verantwortung für all diese Punkte bei der Stadt, und das Gutachten hat (laut Bericht von Matthias Hendorf in der Kölnischen Rundschau vom 13.01.21) ein Problem: Es ist nicht unabhängig. Denn verantwortlich ist die Kanzlei, die der Stadt seinerzeit zur Kündigung von Deerns geraten hat und Deerns nun in einer vermeintlich neutralen Analyse als einen der Hauptverantwortlichen benennt.

Zurück zur Chronologie: Noch im März 2015 bewirbt die Stadt Köln auf der Internationalen Tourismus-Börse die „Wiedereröffnung der Bühnen als Tourismus-Highlight 2015“.

Juni 2015: Einladungen und Broschüren für den Eröffnungstermin von Oper und Schauspielhaus im November werden gedruckt, die **feierliche Eröffnungsveranstaltung geplant**. Hinter den Kulissen brodelt es, denn unter anderem der „obersten Bauherrin“, der Kulturdezernentin Laugwitz-Aulbach, scheint klar zu werden, dass der Termin wohl kaum zu halten sein wird (wie der Kölner Stadtanzeiger später berichten sollte). Die Öffentlichkeit und die Ratsmitglieder erfahren von alledem nichts.

Juli 2015: Der geplante Eröffnungstermin am 7. November ist geplatzt. Erst kurz zuvor, am 1. Juli 2015, hatte die Stadt die **Besitzrechte am Staatenhaus**, der nun für das längere Interim notwendigen **Ausweichspielstätte der Oper**, an den Konzert- und Musicalveranstalter BB Group übergeben. Bemerkenswert daran ist dreierlei:

- Zu diesem Zeitpunkt müssen die Verantwortlichen bereits gewusst haben, dass die geplante Neueröffnung nicht stattfinden und das Staatenhaus für längere Zeit gebraucht wird.
- Zwar befindet sich das Staatenhaus weiterhin im Eigentum der Stadt und der mit der Übertragung der Besitzrechte verbundene Erbpachtvertrag wurde in letzter Minute doch nicht unterzeichnet, so dass die Stadt der BB Group keine Miete zahlen muss; dafür aber bildet sie Rückstellungen in zweistelliger Millionenhöhe, da sie bei Beendigung der Interimsnutzung mit hohen Schadenersatzforderungen seitens der BB Group rechnet.
- Die BB Group, die auch das blaue Musicalzelt am Dom betreibt, gehört zu einer undurchsichtigen britischen Gesellschaft mit Sitz in London, die ihrerseits einer Luxemburgischen Briefkastenfirma gehört. Hinter dieser steht eine weitere Briefkastenfirma auf den Cayman Inseln. „Die städtischen Gelder würden so im Umland House in Georgetown landen, in dem rund 18.000 Briefkastenfirmen ihren Sitz haben.“ („Die Story: Das Trauerspiel der Kölner Oper“, Feature von Ingolf Gritschneider und Georg Wellmann, Erstsending im WDR am 07.09.2022, [hier in der ARD-Mediathek](#) zu finden).

Zurück zur Pressekonferenz zum geplatzen Eröffnungstermin; diese beschreibt der „Kölner Stadtanzeiger“ als „bizarrr“. Weiter heißt es dort: *Wie konnte es soweit kommen? Warum hat man nicht früher die Reißleine gezogen? Wer ist verantwortlich? (...) Die anwesenden politischen Wahlbeamten, Baudezernent Franz-Josef Höing und vor allem Kulturdezernentin Susanne Laugwitz-Aulbach (...) überlassen das Reden weitgehend ihren Angestellten, die unbefriedigende Antworten geben. Laugwitz-Aulbach beendet die Pressekonferenz sogar mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass sie eigentlich gar nichts mit dem Desaster zu tun habe: „Ich habe hier nicht den Oberverantwortungs-Hut auf.“ Eine gewagte Selbsteinschätzung,*

sind doch die städtischen Bühnen die Bauherren. Den Bericht von der Pressekonferenz finden Sie [hier](#).

Oktober 2015: Die **Gebäudetechnik (nicht zu verwechseln mit der perfekt funktionsfähigen Bühnentechnik)**, zu der unter anderem der Brandschutz und die Belüftung gehören, stellt sich als **Haupttreiber für Kostensteigerungen und Verzögerungen** auf der Baustelle heraus. Offenbar hat es **keinerlei wirksame Koordinierung, Steuerung und Kontrolle seitens der Bauherrin** gegeben, so dass die ausführenden Baufirmen in riesigem Umfang inkompatibles und bauvorschriftenwidriges Stückwerk abgeliefert (und in Rechnung gestellt) haben. Ob dies der für Planung und Durchführung verantwortlichen Firma Deerns angelastet werden kann, haben die Gerichte zu klären.

Februar 2016: Seitdem die städtischen Bühnen dem für die Planung und den Einbau der Gebäudetechnik zuständigen Ingenieurbüro Deerns gekündigt hatten, ruhen die Arbeiten in diesem Bereich weitestgehend. Frühestens im zweiten Quartal 2017 soll es weitergehen.

März 2016: Der ehemalige Baudezernent Bernd Streitberger (bis 2012) wird neuer Technischer Betriebsleiter der städtischen Bühnen und übernimmt die Verantwortung für das Projekt. Seiner Aussage nach kann er vor Ablauf eines Jahres keine seriöse Prognose zu Zeit- und Kostenaufwand für die Rettung der Baustelle abgeben, die von den vorherigen Verantwortlichen vor die Wand gefahren wurde. Er hat für diese Aufgabe einen Stab von 18 qualifizierten und motivierten Mitarbeitern zur Verfügung.

Sommer 2016: in nur vier Monaten wird das **„Kleine Haus“ am Offenbachplatz spielbereit** gemacht. Endlich **kehrt ein Teil des Theaterbetriebs damit zurück ins Herz der Stadt**.

03.07.2017. Auf einer Pressekonferenz stellt Bernd Streitberger das Zwischenergebnis vor: grob gesagt müssen **so gut wie alle bereits installierten haustechnischen Einbauten entfernt**, von Grund auf neu geplant und neu gebaut werden. Von **„maximal gestörtem Bauablauf“** ist die Rede, und tausende teils grob fahrlässige Baumängel wurden festgestellt, darunter 33 sogenannte **„Big Points“**, die erhebliche Auswirkungen auf den Zeit- und Kostenaufwand haben. Wie die riesigen Baupannen so lange unentdeckt bleiben konnten? „Das habe ich mich auch oft gefragt“, so die verantwortliche Kulturdezernentin Laugwitz-Aulbach. Sie jedenfalls habe sich nichts vorzuwerfen: **„Ich habe mich als Kulturfachfrau auf die Baufachleute verlassen.“** (Quelle: Kölner Stadtanzeiger).

Nach gründlicher Analyse des erforderlichen Aufwands zur Sanierung der Sanierungsbaustelle wurden die Kosten auf **545 bis 570 Millionen Euro** veranschlagt. Der neu kalkulierte Zeitplan visiert eine Übergabe der Häuser an die Bühnen bis **2022** an, vorbehaltlich der Ausarbeitung des detaillierten Ausführungsterminplans bis Ende erstes Quartal 2019. Im **Juni 2019** wird gemeldet: Die Kinderoper soll **2021** fertig sein, das Schauspiel **2022**, die Oper **2023**. Eröffnung von allem könnte im Herbst 2023 sein. Inzwischen wird der 22. März 2024 für die [Schlüsselübergabe](#) anvisiert (was nicht mit dem Beginn des Spielbetriebs identisch ist).

Als Mitte September 2019 die neue Zahl von 841 Millionen Euro für die Sanierung der Kölner Bühnen bekannt wurde, waren diejenigen wieder schnell „empört“, die das Bürgerbegehren 2010 zur Sanierung von vornherein bekämpft und nach ihrer Niederlage nicht dafür gesorgt haben, dass das Projekt gelingen konnte. Für die SPD erklärte Fraktionschef Christian Joisten: „Es zeigt sich immer deutlicher, dass der Weg der Sanierung von Oper und Schauspiel der falsche war.“ Und Ulrich Wackerhagen von der FDP erklärt sich „entsetzt, vor allem, weil uns zuvor der Eindruck vermittelt wurde, wir bewegen uns in gesicherten Zahlen, mit Gesamtkosten von 571 Millionen Euro.“

Dabei war die neue Zahl einfach nur ein Ergebnis des ehrlichen Umgangs mit dem Thema, indem nämlich die Finanzierungskosten transparent gemacht wurden (eine nachahmenswertes Novum). Außerdem: So skandalös die Kostensteigerung auf 571 Millionen Euro (laut

jüngster Bekanntgabe im ungünstigsten Fall 577 Millionen) ist, sollten wir nicht vergessen, wer die Baustelle im ersten Anlauf hat vor die Wand fahren lassen und damit Verantwortung für die skandalöse Kostensteigerung trägt.

Immerhin 15 Millionen Euro Kostensteigerung sind im Übrigen auf Umstände zurückzuführen, die mit den Sanierungsarbeiten gar nichts zu tun haben. Nach dem Zusammenbruch der Bremer Greensill Bank (Anfang 2021) stellt sich nämlich heraus: „Hinter den Kulissen jonglierte Geschäftsführer Wasserbauer völlig unkontrolliert auf den Finanzmärkten“ („Die Story“) Aus vorübergehend nicht gebrauchten Krediten investierte der gelernte Jurist und Violinist 60 Mio. Euro bei „fragwürdigen Kreditinstituten“ („Die Story“) wie der Bank of China, der türkische IS-Bank und eben der Greensill Bank.

Aber es gibt auch gute Nachrichten: die den Anforderungen eines modernen Spielbetriebs gerechte **Sanierung** des denkmalgeschützten Ensembles **ist möglich**. Damit bleibt eine **große architektonische und städtebauliche Geste erhalten**, die in herausragender Weise den Geist des demokratischen Neuanfangs nach dem Ende der Naziherrschaft verkörpert. Bis auf notwendige Nacharbeiten an der Klinkerfassade sind die **Bauten selber weitgehend fertiggestellt, die Bühnentechnik ist installiert und bietet faszinierende Möglichkeiten, und man erkennt bereits heute, dass auf den Freiflächen ein Stadtraum von hoher Qualität entsteht**.

Tatsache ist zwar auch: da der ursprünglich geplante Schauspielneubau komplett vom Operngebäude abgekoppelt war, sogar mit einer separaten Anlieferung mit anderen Containersystemen, hätte zumindest das Schauspiel heute theoretisch kein Interim mehr gebraucht. ABER: diese Annahme gilt nur theoretisch unter der Voraussetzung, dass mit dem Neubau alles geklappt hätte – mit denselben Firmen für die Gebäudetechnik und derselben mangelhaften Führung und Kontrolle seitens der Verwaltung! UND: Dafür wären im Gegenzug die jährlichen Betriebskosten bis in alle Zukunft mindestens 6 Mio. Euro höher, als bei der Komplettisanierung. Und das mit einem viel leistungsschwächeren Gebäude und einer städtebaulich höchst fragwürdigen Lösung.

Nicht der Beschluss zur Erhaltung des Schauspielhauses war ein Fehler, sondern die unzureichende Planung und schlampige Umsetzung des Gesamt-Bauvorhabens unter politischer Verantwortung derjenigen, die diesen Beschluss von vornherein nicht wollten. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, dass nun aus denselben Reihen hämische Vorwürfe gegen die Befürworter der Schauspielhausrettung kommen. Der unausgesprochene Vorwurf an die Bürgerinnen und Bürger, die sich für den Erhalt „Ihres“ Schauspielhauses eingesetzt haben: das habt Ihr jetzt davon, dass Ihr Euch in die Gestaltung Eurer Stadt einmischt und die Weisheit von Ratsentscheidungen in Frage stellt! Dass die Opersanierung ohnehin beschlossene Sache war und mit dem Bürgerbegehren überhaupt nichts zu tun hatte, wird dabei verschämt verschwiegen.

Wir sind überzeugt: das **Ergebnis nach Abschluss der Sanierung wird den Bürgerinnen und Bürgern Recht geben**. Die Kostenexplosion und die dramatische Verlängerung der Bauzeit sind nicht den Bürgern anzulasten, sondern denjenigen, die dieses von vornherein von ihnen ungeliebte Projekt so stiefmütterlich behandelt haben.

Wer sich über den jeweils aktuellen Stand der Sanierung informieren möchte, kann dies übrigens immer [hier](#) tun.